

Neues Denken in Sozial- und Rentenpolitik jetzt!

Antragsteller: Dominik Konrad

1 Die Jungen Liberalen Unterfranken sehen das Beharren auf den überkommenen

2 Hartz IV-Regelungen als klare Absage zu fortschrittlichem Denken.

3 Das jetzige Sozial- und Rentensystem ist nicht zukunftsfähig. Eine Reform

4 erachten wir als unabdingbar. Wir bekennen uns grundsätzlich zum Liberalen

5 Bürgergeld, sehen jedoch einige Veränderungen als angebracht. Wir fordern

6 zum einen das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) und zum anderen die

7 Einführung der Systematik des Liberalen Bürgergelds inklusive der

8 Neustrukturierung des Rentensystems.

9 Bezüglich des BGE bedeutet das:

10 1. Das Bezugsrecht des BGE ist an das theoretische Bezugsrecht der aktuellen

11 Grundsicherung gekoppelt. Jeder ab dem 18. Lebensjahr hat unabhängig von

12 Arbeit ein Grundeinkommen (BGE) in Höhe der aktuellen Grundsicherung zu

13 erhalten (in 2018 416,00 Euro).

14 2. Alle Kinder werden ebenso vom BGE erfasst. Hierbei setzen wir auf eine

15 gestaffelte Erhöhung beginnend bei 200 € bis hin zur Maximalhöhe mit Erreichen

16 des 18. Lebensjahres.

17 3. Das BGE für Kinder wird direkt an die Kinder ausgezahlt und durch die Eltern

18 verwaltet.

19 Andere Sozialleistungen und die Rente richten sich nach dem Konzept des

20 Liberalen Bürgergeldes:

21 1. Die Bündelung aller steuerfinanzierten Sozialleistung inklusive der

22 Rentenversicherung neben dem BGE in nur einem Liberalen Bürgergeld.

23 2. Die automatische Auszahlung des BGE und des Liberalen Bürgergeldes durch

24 das Finanzamt.

25 3. Sämtliche überflüssig gewordenen Verwaltungsapparate sind abzubauen.

26 4. Das Liberale Bürgergeld zielt durch Anreize auf die aktive Arbeitssuche ab,
27 verpflichtet aber nicht zur Arbeit.

28 5. Jeder Bürger zahlt Beiträge (Abgaben) nach dem aktuellen Beitragssystem.

29 6. Abgabefrei bleiben Jobs bis zu einem Monatseinkommen von 600 Euro.
30 Auch der gleitende Anstieg der Arbeitnehmerabgaben soll künftig erst ab dieser
31 Verdiensthöhe auf Basis einer modifizierten Berechnungsgrundlage einsetzen,
32 sodass die Abgaben in voller Höhe erst ab einem monatlichen Einkommen von
33 1000 Euro von den Arbeitnehmern zu tragen sind.

34 7. Vom hinzuverdienten Einkommen wird von Anfang an ein Freibetrag von 100
35 Euro gewährt. Dem folgt bis zu 600 Euro Monatsverdienst eine 60-prozentige
36 Anrechnung und bis zum Auslaufen des Liberalen Bürgergeldes eine
37 40-prozentige Anrechnung des Bruttoeinkommens.

38 8. Die Auszahlung des Bürgergeldes in Form der „Rente“ richtet sich nicht nach
39 der Einzahlungshöhe, sondern nach der Zahl der geleisteten Arbeitsjahre.
40 Hiermit soll das Renteneinstiegsalter flexibel und individuell ermöglicht werden.
41 Pro geleistetem Arbeitsjahr wird eine Pauschale „freigeschaltet“ (i.H.v. 13 Euro
42 pro Jahr). Hierbei sollen auch Ausbildungsjahre Berücksichtigung mit einer
43 geringeren Pauschale finden.

44 9. Jedermann erhält neben dem BGE die ihm nach geleisteten Arbeitsjahren
45 zustehende Auszahlungshöhe des Liberalen Bürgergeldes zur Sicherung seines
46 Lebensabends, unabhängig von seinen tatsächlichen prozentualen Einzahlungen.
47 Die Abgaben des Zuverdienstes gelten entsprechend.

48 10. Das BGE und sämtliche Zahlungen der Leistungen des Liberalen
49 Bürgergeldes sind abgabenbefreit.

50 11. Alle angegebenen festgesetzten Pauschalen (inkl. BGE) sind an den

51 Preissteigerungsindex zu koppeln.

Begründung:

Ein soziales Sicherungssystem ist ein zentraler Teil einer sozialen Marktwirtschaft. Deshalb bekennen wir uns explizit zu Sozialleistungen und sehen diese als wichtigen Baustein für den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt an. Ebenso ist es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe denen zu helfen, die nicht mehr am Arbeitsleben teilnehmen können.

Das deutsche Sozialleistungs- und Rentensystem erfüllt diese Aufgabe aber schlecht und ineffizient bis hin zur absehbaren Nichterfüllbarkeit. Grundsicherung, Wohngeld, Kleidergeld und viele weitere Transferleistungen (derzeit über 100) müssen bei verschiedensten Behörden beantragt werden, benötigen eine voneinander unabhängige Begutachtung. Das ist eine unzumutbare Zeit- und Steuergeldverschwendung. Es ist die Aufgabe des Staates, effizient und pflichtbewusst mit Ressourcen umzugehen. Die Bündelung aller steuerfinanzierten Sozialleistungen und die Auszahlung über das Finanzamt würden eine enorme bürokratische Entlastung bedeuten und es dem Einzelnen einfacher machen, seine Zeit gezielter für Arbeitssuche und Ähnliches einzusetzen. Ebenso schafft es die entwürdigenden Fürbitten um Zuschüsse ab.

Wir sehen die Etablierung des bedingungslosen Grundeinkommens und des liberalen Bürgergeldes als freiheitsschaffendes Element. Es soll die Selbstbestimmtheit jedes Einzelnen fördern, jedoch in Kombination mit dem liberalen Bürgergeld Anreize zur Arbeitsaufnahme setzen. Ein selbstbestimmtes Leben in allen Lebenslagen soll so ermöglicht werden. Wir sind davon überzeugt, dass eigenverantwortliche Vorsorge die Pflicht des Bürgers ist. Ebenso ist es die Pflicht des Staates, soziale Leistungen sicherzustellen.

Deshalb wollen wir ein Rentensystem auf Grundlage des liberalen Bürgergeldes schaffen.

Unser Umverteilungssystem in Bezug auf den Generationenvertrag ist nicht mehr zeitgemäß und stößt nicht zuletzt aufgrund des demographischen Wandels an seine Grenzen. Jeder Arbeitnehmer zahlt Abgaben in die Bürgergeldkasse in Abhängigkeit seines Einkommens. Wer mehr verdient zahlt entsprechend mehr ein, hat allerdings die Möglichkeit zur besseren privaten Vorsorge. So zahlt sich für Jedermann das Einbringen in die Gesellschaft aus. Die „Rentenhöhe“ berechnet sich durch die mit Arbeitszeit „freigeschalteten“ Pauschalen.

Alle angegebenen festgesetzten Pauschalen sind an den Preissteigerungsindex zu koppeln.

Eine Einwanderung in das deutsche Sozialsystem lehnen wir strikt ab. Hierbei soll das Einwanderungsgesetz unterstützende Wirkung entfalten.

Das liberale Bürgergeld ersetzt alle Sozialleistungen. Das Kindergeld entfällt komplett. Dafür erhalten Kinder das BGE. Im Lichte des Gesamtprogramms (Anspruch auf KiTa und Ganztagschule) entsteht hier kein Leistungsnachteil.

System Arbeitslosigkeit

1. Jahr: 70% des letzten, mindestens vierteljährig erhaltenen Lohnes

falls zu gering, dann Aufstockung um XX - (Bürger soll ca. 1000 Euro gesamt haben)

Deckelung liegt bei 5000 Euro.

2. Jahr: 500 Euro (ggf. 600 Euro) Liberales Bürgergeld + BGE = 916 Euro (1016 Euro)

halbes Jahr später Prüfung mit individuellen Faktoren

sollten Reduktionsgründe vorliegen, dann 350 Euro Liberales Bürgergeld + BGE nach dem System „Arbeitsamt“ mit Prüfungen monatlich

System Bedürftigkeit (nicht arbeitsfähig)

BGE + 600 Euro Liberales Bürgergeld + individueller Zuschuss z.B. durch Pflegebedürftigkeit usw.

System BaföG (elternunabhängig entsprechend Beschlusslage)

BGE + 350 Euro (ggf. entsprechend Start 2. Jahr) Liberales Bürgergeld

System Pflegeausgaben

Sämtliche pflegerelevanten Ausgaben sind unabhängig von den Pauschalen des Liberalen Bürgergeldes und sind individuellen Bedürfnissen anzupassen.

Sonstiges

- Für den Bürger Vereinfachung, da Finanzamt automatisch auszahlt.
 - Gerechtigkeit, da jeder die Leistung erhält, die ihm zusteht (jetzt: Leistung dann, wenn ich mich auskenne).
 - Behördenwahnsinn wird zusammengelegt. Nur noch Finanzamt.
 - Gebäudekosten werden reduziert. Infrastruktur der Sozialämter wird vereinfacht und reduziert.
 - Einsparungen bei Personalkosten. Aufgabe des Staates, in erster Linie auf die allgemeine Gesellschaft zu achten.
 - Verwaltungskosten minimiert (Keine Mehrfacharbeiten, eine Infastruktur).
 - Rente aufgrund von Todesfall entfällt.
- Grobe Kostenhochrechnung BGE und der im LB enthaltenen Leistungen Sozialleistungen gesamt derzeit 918 Mrd. Euro; bis 2012 geschätzt 1,1 Bio. Euro 82 Mio Bürger -> BGE 416 Euro -> 409 Mrd. Euro pro Jahr

17 Mio Rentner -> ca. 45 Arbeitsjahre -> 13 Euro pro Jahr -> 120 Mrd.

1,7 Mio Pensionäre -> 12 Mrd. Euro mit LB-Satz oder 71 Mrd ohne LB Satz (Position FDP Beamte sollen schon noch bleiben, aber keine neuen Lehrer in Verbeamtung)

Krankenversicherung 221 Mrd Euro Arbeitslosenversicherung 27 Mrd Euro

Pflegeversicherung 30 Mrd Euro Unfallversicherung 14 Mrd Euro

Jugend und Beihilfen 78 Mrd Euro Grundsicherung für Arbeitssuchende 43 Mrd Euro

Entgeltfortzahlungen 44 Mrd Euro

Betriebliche Altersvorsorge 27 Mrd Euro

Weitere Leistungen 48 Mrd Euro

-> ohne inkludierter Pension (nicht nach LB-Satz) 1,1 Bio Euro -> mit inkludierter Pension (nach LB-Satz) 1 Bio Euro

Zu beachten ist bei dieser Aufstellung:

- Kein Abzug von BGE für Kinder
- Keine Kostenersparungen für Infrastruktur
- Keine Einsparungen an Personalkosten
- Nicht alle arbeiten 45 Jahre
- Jetzige Kosten für Sozialleistungen enthalten